

Braunschweigische  
Wissenschaftliche Gesellschaft

# Jahrbuch 2016

Sonderdruck  
Seiten 226–237



J. CRAMER Verlag · Braunschweig  
2017

## Die deutschen Nachtigallensteuern im 19. Jahrhundert\*

NIKLOT KLÜSSENDORF

Koppelkaute 2, D-35287 Amöneburg, E-Mail: [kluessen@staff.uni-marburg.de](mailto:kluessen@staff.uni-marburg.de)

Vom späten 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts bewegte sich die Behandlung von Singvögeln im Abgaberecht zwischen zwei Extremen, den „Sperlingssteuern“, die mit fiskalischem Druck von Groschentarifen die Bekämpfung der Schadvögel durchsetzten<sup>1</sup>, und der „Nachtigallensteuer“. Letztere sollte in Wertschätzung der beliebten Sänger deren Käfighaltung mit hohen Jahressätzen einschränken.

Die Nachtigall (*Luscinia megarynchos*) und ihre mehr im Osten verbreitete Schwesterart, der Sprosser (*Luscinia luscinia*), zuweilen als *polnische* oder *ungarische* Nachtigall bezeichnet, werden von alters her durch den lieblichen Gesang ihrer Männchen zur Balzzeit als Frühlingsboten wahrgenommen und im frühsummerlichen Reviergesang geschätzt. Die Verbreitungsgebiete der zwei Arten überschneiden sich gerade im Nordosten und in der östlichen Mitte Deutschlands<sup>2</sup>. Als Bodenbrüter im dichten Unterholz waren die nach Mitte April aus den Überwinterungsquartieren in Afrika heimkehrenden Zugvögel vielfältig bedroht, einmal von Vogelfängern, zum anderen von Kindern und Jugendlichen (*muthwillige Knaben*), denen das Ausräumen von Nestern als Zeitvertreib diente. Selbst der Verzehr der Vögel als Delikatesse kam vor, wie für die meisten anderen Singvögel, kann im Folgenden jedoch außer Betracht bleiben. Da Nachtigallen wegen ihres musikalischen Unterhaltungswerts gern als Käfigvögel gehalten wurden, wurden sie für die Vogelsteller zu einem lukrativen Handelsgegenstand.

Zum Schutz der Nachtigallen wurden seit dem Spätmittelalter landesherrliche Ordnungen erlassen, so ein Nürnberger Bußtarif von 5 Gulden (fl.), fällig beim Fang vor dem St. Jakobs-Tag (25. Juli)<sup>3</sup>. Aus Brandenburg sind Verordnungen

---

\* Der Vortrag wurde am 10.06.2016 in der Klasse für Geisteswissenschaften der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft gehalten.

<sup>1</sup> N. KLÜSSENDORF: Schlechte Zeiten für Sperlinge. „Schadvogelbekämpfung“ in Nordhessen vom 18. Jh. bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Ornithologische Mitteilungen 68 (2016), S. 168–214.

<sup>2</sup> A. HILPRECHT: Nachtigall und Sprosser (Die neue Brehm-Bücherei), Wittenberg <sup>2</sup>1965.

<sup>3</sup> HILPRECHT, S. 87 f.; J. KLOSE: Aspekte der Wertschätzung von Vögeln in Brandenburg. Zur Bedeutung der Artenvielfalt vom 16. bis zum 20. Jh., Göttingen 2005, S. 189–193.

von Kurfürst Friedrich Wilhelm (reg. 1640–1688) und seinem Nachfolger Friedrich III. (reg. 1688–1713, 1701 als Friedrich I. König in Preußen) vom 25. August 1686 und vom 28. März 1693 bekannt. 1686 wurden Nachtigallen unter ganzjährigen Schutz gestellt. Hinzu kam ein Verbot des Handels mit den Vögeln. 1693 wurde die Einfuhr fremder Nachtigallen und ihre Haltung in Käfigen untersagt. Die Besitzer hatten ihre Vögel sofort fliegen zu lassen. Dies war später der Ausweg für Nachtigallenhalter, sich der Abgabepflicht zu entledigen.

Aus dem Ancien Régime sind Schutzverordnungen für zahlreiche weitere Territorien belegt, etwa aus Hanau-Münzenberg, Nassau, Braunschweig-Wolfenbüttel oder Sachsen-Coburg. Sie wandten sich in erster Linie gegen das Fangen der Vögel, die Zerstörung der Nester und das Sammeln von Eiern. So drohte etwa die kurtrierische Verordnung vom 14. April 1769 dafür eine Strafe von 6 Goldgulden oder Turmhaft bei Wasser und Brot an, mit dem Zusatz, kleine Buben würden gleich oft mit Ruten gestrichen, größeren seien Stockhiebe zu verabreichen<sup>4</sup>. Es blieb weithin Aufgabe der Lehrerschaft, dem Vandalismus von Schulkindern gegen Vögel und ihre Nester entgegenzuwirken. Im Ernestinischen Herzogtum Sachsen liegen allein aus den Fürstentümern Weimar und Eisenach von 1721 bis 1777 zwölf Verbote des Nachtigallenfangs vor. Sie drohten hohe Geldstrafen an, lobten Prämien für Denunzianten aus und richteten sich zum Teil auch gegen den Handel<sup>5</sup>. Der erste fassbare Versuch, Fängern ihr Geschäft zu erschweren, indem auf ihre Abnehmer, die Käfighalter, zugegriffen wurde, findet sich in einem Zirkular der Regierung zu Weimar vom 24. Mai 1777. Ungeachtet aller früheren Verordnungen würden weiterhin Nachtigallen gefangen und öffentlich gehalten. Daher wurden, zur *Steuerung dieses Unwesens*, eine klassische Formulierung für eine „Lenkungssteuer“, die Halter von Nachtigallen *in die Steuer gelegt*<sup>6</sup>. Der Tarif von 4 guten Groschen (=  $\frac{1}{6}$  Taler) war freilich zu niedrig, um Wohlhabende wirklich abzuschrecken.

Die Umtriebigkeit von Vogelfängern führte zu hohen Fangzahlen, auch im Fürstentum Nassau-Dillenburg, das bereits 1746 ein Fangverbot erlassen hatte<sup>7</sup>. Als die Regierung am 25. Mai 1784 sogar befahl, alle Nachtigallen freizulassen und dies mit der Polizei durchsetzte, stieß dies auf empörten Widerstand der Besitzer, die ihre seit Jahren in Gefangenschaft gehaltenen Vögel zu deren Schutz

<sup>4</sup> J. J. SCOTTI: Slg. der Gesetze und Verordnungen [...] in dem vormaligen Churfürstentum Trier, Bd. 3, Düsseldorf 1832, Nr. 684.

<sup>5</sup> Alphabetischer Auszug der Gesetze der Fürstlich Weimar- und Jenaischen Lande, Weimar 1799, S. 355.

<sup>6</sup> Thür. Hauptstaatsarchiv Weimar, Gesetze B 2027, Bd. 23, fol. 142 r., dazu fol. 185 r. ein Reskript an die Landschaftliche Kassendirektion zu Weimar vom 14. Nov. 1777.

<sup>7</sup> Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden [HStAW], Abt. 173, Nr. 1882; Abt. 179, Nr. 88.

nicht in die unwirtliche Natur entlassen wollten und mit solchen Begründungen um Ausnahmen einkamen<sup>8</sup>. Bei einer Visitation am 4. Mai 1800 wurden viele Verstöße gegen das Fangverbot im Amt Dillenburg festgestellt (allein 24 Tiere bei einem Fänger). Handwerker machten aus Fang und Handel einen lukrativen Nebenerwerb<sup>9</sup>. Hervorzuheben sind Eingaben Dillenburger Bürger von März und April 1804, die baten, die Käfighaltung wenigstens für *außer Landes* gekaufte Nachtigallen zu gestatten und anregen, dafür eine *billige Taxe* einzuführen. Der örtliche Amtmann schlug dafür 1½ Gulden vor, doch ließ sich die Regierung nicht auf eine Steuer ein<sup>10</sup>. In diesen zwei Petitionen fallen zwei ungewöhnliche Punkte auf: die Sonderbehandlung der von auswärts bezogenen Nachtigallen und der Steueraspekt. In Dillenburg war offenbar bekannt, was anderthalb Jahre zuvor in der direkten territorialen Nachbarschaft verfügt worden war. Das 1803 zum Kurfürstentum erhobene Hessen-Kassel hatte für importierte Nachtigallen eine jährliche Abgabe eingeführt und damit neue Akzente gesetzt.

Am 21. Mai 1798 erließ das Oberforstamt zu Kassel eine Verfügung zum Schutz solcher Singvögel, die sich durch den Verzehr von Raupen und Insekten nützlich machten. Im Hinblick auf Schäden für Waldungen, Obstbaumzucht und Landwirtschaft wurde bei 10 Talern Geldstrafe verboten, die Vögel zu fangen oder zu töten<sup>11</sup>. Aufgeführt waren Kuckucke, Spechte, Wendehälse, Baumläufer, Schwalben und Meisen, dazu Fledermäuse, die bekanntlich keine Vögel sind. Denunzianten erhielten die übliche Prämie von einem Drittel der eingehenden Geldstrafe. Die Forstbußgerichte hatten Verstöße in Register aufzunehmen. Am 28. September 1802 wiederholte die Regierung in Kassel die Regelung in substantiell verbesserter Form<sup>12</sup>. Das Ausschreiben legte dar, der Unfug nehme wieder auf *äußerst freche* Art überhand. Besonders werde Nachtigallen nachgestellt und deren Eier blieben nicht verschont. Das Verbot von 1798 wurde daher eingeschränkt und mit Einschluss des Eiersammelns, also auch des Nestausnehmens, auf alle Vögel ausgedehnt. Eine Klarstellung, dass Sperlinge von dem Schutz ausgenommen waren, sollte in dem Jahr mit hohem Sperlingsaufkommen Missverständnisse ausräumen. Denn Spatzen wurden als Schädlinge verfolgt, landesweit seit der Greben-Ordnung vom 6. November 1739<sup>13</sup>. Diese hatte, an ältere, nur vereinzelt nachweisbare Praktiken angelehnt,

<sup>8</sup> HSTAW, Abt. 175, Nr. 1335; Ausnahmeanträge: Abt. 172, Nr. 2289.

<sup>9</sup> HSTAW, Abt. 173, Nr. 1882.

<sup>10</sup> HSTAW, Abt. 172, Nr. 2289.

<sup>11</sup> Slg. Fürstlich Hessischer Landes-Ordnungen [HLO], Bd. 7, Kassel 1802, S. 781. Übersehen wurde fortan die ältere Strafe für Nachtigallenstörung mit 20 Thl. vom 1. Juli 1785. HLO, Bd. 6, Kassel 1792, S. 1209.

<sup>12</sup> HLO, Bd. 8, Kassel 1816, S. 101. Gleichlautend publiziert durch die Regierung zu Hanau.

<sup>13</sup> HLO, Bd. 4, Kassel 1784, S. 608–665, hier S. 613.

in ihrem Polizeirecht die Landbevölkerung dazu verpflichtet, jährlich eine Anzahl Sperlinge zu fangen und zum Nachweis deren Köpfe vorzulegen. Auf das Ausschreiben von 1798 war Widerstand zu befürchten, der mit der damals aufkommenden Erkenntnis zu begründen war, Sperlinge fräßen auch Raupen und Insekten<sup>14</sup>. Vögel, von denen viele nur ein- bis zweimal im Jahr brüten wie die 1798 aufgeführten, waren freilich schutzbedürftiger als Sperlinge, die es bis auf vier Jahresbruten bringen. Die Lieferungspflicht für Sperlingsköpfe entfiel 1818<sup>15</sup>, konnte aber bei Bedarf seit 1823 bis zum Ende Kurhessens (1866) von Kreisen und Kommunen aktiviert werden.

Im Hinblick auf den skizzierten Unfug, Nachtigallen nachzustellen, erhielt die Verordnung einen Zusatz, der über Strafdrohung für das Fangen und Ausnehmen der Nester hinausging: Der Besitzer einer angeblich im Ausland gefangenen Nachtigall hatte dafür jährlich einen Dukaten *ad pios usus*, also für mildtätige Zwecke, zu entrichten und musste den Namen des Verkäufers angeben. Ausreden, eine im Käfig gehaltene Nachtigall sei nicht verbotswidrig gefangen, sondern importiert, war damit der Boden entzogen. Käfighaltung galt fortan als Luxus. Wer nicht zahlen wollte, konnte seine Nachtigall freilassen oder verkaufen, nach Möglichkeit nicht im Inland. Die Abgabe war durch ihre Höhe darauf angelegt, sich überflüssig zu machen, indem sie Vogelbesitzer dazu motivierte, die Käfighaltung zu reduzieren<sup>16</sup>. Hinterzieher mussten fürchten, dass der Gesang ihrer Vögel die Polizei und missliebige Nachbarn als Anzeigende auf den Plan rief. Dabei galt das Versprechen, ein Drittel der Strafe Denunzianten zukommen zu lassen, nicht für den Dukaten, ein im allgemeinen Umlauf kaum geläufiges Nominal der Luxus-Sphäre, das als internationale Handelsmünze zum floatenden Börsenkurs in gängige Silberwährung umzurechnen war (etwa 3<sup>1</sup>/<sub>8</sub> Thl.).

Das scharfe Instrument war nun vorhanden, ohne durchgehend eingesetzt zu werden. Nach Wiederherstellung des kurhessischen Staates (1813) wurde die Steuer von 1802 für das 1816 angefallene Gebiet des ehemaligen Hochstifts Fulda zu Anfang Juli 1828 gesondert, also mit erheblicher Verspätung, nach Entscheidung des Geheimen Kabinetts eingeführt<sup>17</sup>. Bis zum Ende der zwanziger Jahre erinnerten Kasseler Amtsblattnotizen nur sporadisch an die Abgabe (1815, 1820, 1826). Durchgesetzt wurde sie kaum, örtlich erst seit Mitte der zwanziger Jahre, in Kassel nach den ergebnislosen Ankündigungen sogar erst ab 1834. Das Verfahren lief vereinzelt bis in die achtziger Jahre, auch nur in einigen

<sup>14</sup> J. SEITZ: Three hundred years of House Sparrow (*Passer domesticus*) persecution in Germany, in: Archives of natural history 34 (2007), H. 2, S. 307–317, bes. S. 310 f.

<sup>15</sup> Slg. von Gesetzen, Verordnungen, Ausschreiben und sonstigen allgemeinen Verfügungen für die kurhessischen Staaten, Bd. 2, Kassel 1820, für 1818: S. 84.

<sup>16</sup> Siehe unten Anm. 32.

<sup>17</sup> Hess. Staatsarchiv Marburg [im Folgenden: StAM], Best. 16, Nr. 9983. Wochenbl. für die Provinz Fulda 1828, S. 463.

Teilen Kurhessens bzw. des späteren preußischen Regierungsbezirks Kassel. Da die Abgabe dem Staat nicht direkt zustand, überließ man es den örtlichen Armenkassen, sich um die Erhebung zu bemühen. Kompetenzstreitigkeiten zwischen den unteren Stellen im Finanzressort und der Polizeiverwaltung, wer eigentlich zuständig war, ließen sich oft schwer lösen und interessierten die Oberbehörden nur wenig<sup>18</sup>. Die Ober-Finanz-Kammer in Kassel verstand 1836 die Abgabe irrig als *Strafe* und 1851 bestritt das Finanzministerium die Zuständigkeit seiner Abteilung für direkte Steuern und verwies auf das Innenministerium<sup>19</sup>.

Wohlhabende, darunter Beamte und höhere Offiziere, versuchten, sich um die Zahlung zu drücken, drohten gar, ihre regulären Beiträge zur Armenkasse einzustellen, oder wandten ein, sie hielten keine Nachtigallen, sondern Sprosser, die nicht im Ausschreiben genannt waren. Für letztere konnte eigentlich kein Herkunftsnachweis verlangt werden. Die Unterscheidung der zwei Arten überforderte die Beamten vor Ort völlig, so dass Unterschiede in der Behandlung der Vögel und ihrer Halter die Folge waren. Zuweilen wurden Vogelkenner eingeschaltet. So war ein angeblicher Sprosser, der sich als Nachtigall entpuppte, 1851 nach dem aktenkundigen Lebensalter für drei Jahre nachzuversteuern. Außer aus Kassel und Hanau, wo sich die Polizisten auf ihren Patrouillen nach dem Gesang von Nachtigallen umhörten, sind nur für wenige weitere Orte Verfahren belegt (Fulda, Hersfeld, Melsungen und Schmalkalden). Die Abgabe war so ausgefallen, dass sie außerhalb von Kassel und Hanau in Vergessenheit zu geraten drohte, wenn sie nicht ein eifriger neuer Beamter zu aktivieren suchte. Die Anwendung führte regelmäßig zu Differenzen. Für den Kreis Schmalkalden wurden 1836 26 Stellen tätig, die gerade einmal zwei Nachtigallen erfassten. Vor 1850 lag die sinkende Veranlagungszahl in den beiden großen Städten selten über einem Dutzend. Die normalen Schutzregeln für Singvögel blieben in Kraft, auch der in die Forst-, Jagd- und Fischerei-Strafordnung vom 30. Dezember 1822 übernommene 10-Taler-Tarif für Störung der Nachtigallen (andere nützliche Singvögel: 2½ Thl.), den auch die Rechtsbereinigung im Revolutionsjahr 1848 bestätigte<sup>20</sup>.

Ungeachtet der Schwierigkeiten in der Praxis wurde die Verordnung mit ihrem hohen Tarif zum Muster für die Abschreckung von Nachtigallenhaltern. Auch ohne direkte textliche Entlehnungen war sie die erste im 19. Jahrhundert und wurde damit zum Vorläufer des Abgabetyps. Kurhessen galt in der

<sup>18</sup> StAM, Best. 16, Nr. 16298; Best. 175, Nr. 409; Best. 180 Hanau, Nr. 5020; Stadtarchiv Fulda, A XIV Cc 39, A XIV Co E 9. Demnächst s. N. KLÜßENDORF: Die Nachtigallensteuer und der Vogelschutz in Schmalkalden zu kurhessischer Zeit, in Schmalkaldische Geschichtsbll. 7 (2017) [im Druck].

<sup>19</sup> StAM, Best. 47 Schmalkalden, Nr. 269; Best. 49 b, Nr. 1927.

<sup>20</sup> Kurhess. Gesetzslg. (wie Anm. 15) 1822, S. 79–109, hier S. 106; ebd. 1848, S 49. Auch im Jagdgesetz vom 1. Dez. 1865, in: Kurhess. Gesetzslg. 1865, S. 571–577, § 30.

Nachtigallenbesteuerung als Referenzstaat, bei dem sich selbst die Regierung von Sachsen-Weimar-Eisenach 1857 ungeachtet eigener älterer Erfahrungen nach der Handhabung erkundigte, als die Beseitigung der Steuer gefordert wurde<sup>21</sup>. Gerade in Thüringen, wo Vogelfänger bei Verfolgung gern über die Landesgrenzen wechselten, sah man auf die Nachbarn. So hatte das im Vogelschutz stark engagierte Sachsen-Coburg-Saalfeld um 1820 versucht, die Regierungen in Arnstadt, Weimar und Erfurt auf ein ähnliches Vorgehen einzustimmen<sup>22</sup>.

Die ersten beiden Drittel des 19. Jahrhunderts, vor allem die Zeit des Deutschen Bundes (1815–1866), wurden zur großen Epoche der Nachtigallensteuern, die hier mit Blick auf Vorläufer, Nachzügler und ähnliche Vorgehensweisen behandelt werden. Einige Staaten schlossen das besonders im östlichen Brandenburg aktuelle Definitionsproblem hinsichtlich der Sprosser aus, indem sie diese in ihre Verordnungen aufnahmen. Dies waren Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Altenburg und Schwarzburg-Sondershausen. Sachsen-Gotha und Bremen setzten dies 1836 bzw. 1858 hinzu, Sachsen-Gotha gar mit Hinweis darauf, die Gesetzeslücke wegen Missbrauchs durch solche Ausreden zu schließen. Das Königreich Sachsen nahm dagegen Sprosser aus der Steuerpflicht aus; Sachsen-Altenburg bezog mehrere Arten von Grasmücken ein. Fast alle Verordnungen warnten vor dem Fangen, Töten und der Nestbeschädigung oder schärften die älteren Polizei- oder Forstamtsverbote ein. Nur Bremen und Schwarzburg-Rudolstadt verfügten ohne Umschweife die Belastung mit der Abgabe.

Die Quellen zum Vergleich lieferten die einschlägigen, großteils im Netz-Zugriff erreichbaren Gesetzausgaben der deutschen Staaten, die, soweit vorhanden, mit Nutzung der Indizes durchgesehen wurden, zum Teil jahrweise anhand der Bände<sup>23</sup>. Die Ebene regionaler und kommunaler Amtsblätter und Akten konnte nur in Ausnahmefällen berücksichtigt werden. Preußen wurde zum Sonderfall. Es praktizierte im Vogelschutz und in der Nachtigallenbesteuerung kein staatliches Modell, sondern überließ diese Bereiche der provinziellen und kommunalen Selbstverwaltung, auf die hier, in Anbetracht zahlreicher meist gleichförmig angelegter lokaler Maßnahmen, nur exemplarisch eingegangen werden kann<sup>24</sup>. Als Preußen 1866 hessen-darmstädtische Gebietsteile erwarb, beseitigte es

<sup>21</sup> StAM, Best. 9 a, Nr. 2922.

<sup>22</sup> Neue Beyfugen zur Sachsen-Gothaischen Landes-Ordnung, Gotha 1821, Nr. CIL.

<sup>23</sup> Ohne das Internet wäre ein solches Thema mit entlegenen Belegstellen kaum zu bearbeiten. Befragt wurden Archivportale, die über <https://de.wikisource.org/wiki/Gesetzblätter> ermittelten Ausgaben und der über alle gedruckten Recherchemöglichkeiten hinausgehende Beitrag „Nachtigallensteuer“ in Wikipedia.

<sup>24</sup> KLOSE (wie Anm. 3), S. 215–258. Eine Kabinettsordre vom 30. März 1842 ermächtigte den Innenminister, in anderen Landesteilen und Städten Polizeiverordnungen mit dem jeweiligen Orte angemessenen Sätzen zu erlassen. HStAW, Abt. 405, Nr. 4975.

sofort die Staatssteuer-Eigenschaft der Abgabe des früheren Landesherrn<sup>25</sup>. Im Königreich Hannover scheiterte der Versuch der Landeshauptstadt und zweier Nachbargemeinden, die Nachtigallenhaltung mit 10 Thl. Geldstrafe zu belegen und für Ausnahmen eine Abgabe von 5 Thl. einzuführen, 1855 am Einspruch des Innenministeriums. Die Stadt sei nicht berechtigt, gegen eine Abgabe an die Armenkasse von ihrem Verbot zu dispensieren, weil dies Rücksicht auf andere Grundsätze der Kommunalbesteuerung erfordere<sup>26</sup>. Hannover führte damals noch, trotz der Schutzverordnungen mehrerer Drosteien, im amtlichen Zollltarif Nachtigallen als Position in der Rubrik „Lebende Tiere“<sup>27</sup>.

Die Abgabe war vor allem im mitteldeutschen Raum mit vielen Singvögeln zugetanen Fürsten weit verbreitet. Der erste Punkt der Maßnahmen war ein Kopftarif für jede Nachtigall im Käfig, ungeachtet ihrer Herkunft<sup>28</sup>. Seine Höhe machte die Haltungsart unattraktiv, zumal die Belastung in der Lebensdauer des edlen Vogels von bis zu acht Jahren vermögensrelevante Höhe erreichte. 1840 hatte ein Taler (in süddeutscher Währung ab 1838:  $1\frac{3}{4}$  fl.) die Kaufkraft für  $\frac{1}{2}$  Flasche Champagner, 10 Pfund besten Rindfleisches oder 42 Pfund Roggenbrot. Am 1. Januar beginnende Steuerzyklen brachten Probleme, weil zur Steuervermeidung am Jahresende freigelassenen Vögeln der Kältetod drohte und wurden dafür zuweilen geändert. Zu dem Grundmuster der Erhebung trat fast überall als zweiter Punkt die Zuweisung der Einnahmen an soziale Zwecke hinzu.

Dass eine neue Steuer Beifall aus dem Publikum erhielt, ist eine herausragende Ausnahme. Solchen Lobpreis formulierte Friedrich Haug (1761–1829) aus Stuttgart in einem Gedicht über die Nachtigall, einem in der Romantik beliebten Thema. Unter dem Titel *Die Nachtigallen an den Großherzog von Weimar*, also an Karl August Großherzog von Sachsen-Weimar und Eisenach (reg. als Herzog 1758–1815, bis 1775 unter Vormundschaft, 1815 Großherzog, † 1828), den großen Förderer und Freund Goethes, ließ der Dichter die Vögel über die Verordnung vom 25. Juli 1826 ein Lied anstimmen:

*Fürst! Du Hort der Nachtigallen!*  
*Wenn Aurora winkt,*  
*Wenn die Sonne sinkt,*

<sup>25</sup> Gesetz-Slg. für die Königlichen Preußischen Staaten 1867, S. 1666. Vgl. HStAW, Abt. 405, Nr. 4975. Im Regierungsbezirk Kassel sah man keinen Handlungsbedarf für eine Änderung, weil die Abgabe als kommunal galt.

<sup>26</sup> Niedersächs. Landesarchiv, Abt. Hannover, Best. Hann. 80 Hannover, Nr. 15352. Die Stadt könne die Verordnung der Landdrosteien vom 29. Sept. 1844, die nur das Fangen und die Neststörung betraf, erneuern lassen. Slg. der Gesetze, Verordnungen und Ausschreiben des Königreichs Hannover 1844, S. 144.

<sup>27</sup> Von 1854 bis 1865. Vgl. etwa Gesetzslg. Hannover 1856, S. 91, 1865, S. CCIX.

<sup>28</sup> Der kurhessische Herkunftsnachweis war in der Praxis kaum durchzuführen.



*Wenn kein Sternchen blinkt,  
Soll um Deines Schlosses Hallen  
Unser Jubellied erschallen.*

*Wir, die treuen Minnesinger,  
Der Entzückung voll,  
Opfern Dir, Apoll,  
Unsers Dankes Zoll,  
Dir, Erlöser aus dem Zwinger,  
Alter Freiheit Wiederbringer!*

*Unsre Liebchen, unsre Kleinen,  
Sollen, hoher Freund,  
Dir, der Kerkern feind,  
So uns neu vereint,  
Ewig jeden Lenz erscheinen,  
Heil Dir singend, Heil den Deinen!*

*Weithin soll die Kunde hallen,  
Welch ein Los uns fiel,  
Weimar sey das Ziel,  
Weimar das Asyl,  
Kluger Wallfahrt Nachtigallen,  
Dir zum Lohn und Wohlgefallen!<sup>29</sup>*

In den Verordnungstexten war meist von „Abgabe“ die Rede<sup>30</sup>, im Verwaltungsgebrauch von „Steuer“. Als Abgabe einer wohlhabenden Minderheit dürfte die Nachtigallensteuer trotz ihrer Aufhebung zur Revolutionszeit in Altenburg, Gotha und Erfurt kaum allgemeinpolitischen Reizwert erlangt haben. Der Nebenzweck fast aller Verordnungen, das Geld nach kameralistischer Manier mit Zweckbindung der Armenpflege zukommen zu lassen<sup>31</sup> und nicht direkt dem Fiskus zuzuwenden, entzog die Steuer weitgehend sozial begründeter Kritik.

Den Zweck dieser „Schutzgebühr“, die Schädigung des Nachtigallenbestandes durch Vogelfänger und -käufer zu unterbinden, war in den knappen

<sup>29</sup> Journal für Literatur, Kunst, Luxus und Mode [Verlag des Landes-Industrie-Comptoirs zu Weimar], 1826, Nr. 96 vom 1. Dez. 1826, S. 761 f. Zum Verf. A. BECK, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 8, Berlin 1962, S. 89 f.

<sup>30</sup> „Steuer“ in Sachsen-Weimar 1777, Schwarzburg-Sondershausen und im Königreich Sachsen. Die moderne Unterscheidung zwischen Steuern für den Fiskus nach dem Gesamdeckungsprinzip und Abgaben mit Zweckbindung greift hier noch nicht.

<sup>31</sup> Einen Grenzfall bot Schwerin mit der am 31. Mai 1823 milden Stiftungen zufließenden Geldstrafe von 10 Thl. N<sup>2</sup>/<sub>3</sub> bei Nichtanmeldung des Kaufs einer Nachtigall. Damit sollten Vogelfänger dinghaft gemacht werden. Systematisch-chronologisches Verzeichniß [...] der Mecklenburg-Schwerin'schen Gesetze, Wismar u. a. 1859, Nr. 2931.

Verordnungstexten nicht ausformuliert. Doch war das fiskalische Werkzeug viel wirksamer als die älteren Polizeiverbote des Fangens und der Neststörung. Als „Lenkungssteuer“, heute typisch für Apekte im Umweltrecht, senkte sie die Nachfrage nach Nachtigallen und trocknete den Markt mittelfristig aus. So wurde sie als Mittel frühen Naturschutzes am Ende überflüssig<sup>32</sup>. Die Nachtigallensteuer war kein einzelstaatliches Kuriosum<sup>33</sup>, sondern im 19. Jahrhundert ein weit verbreitetes Instrument. Der Kategorie der Luxussteuern zugerechnet, erschien sie jüngst gar in der politischen Kritik gegen ökologische Steuern, indem diesen, wie anderen Verbrauchs- und auch Lenkungssteuern, unterstellt wurde, durch außerfiskalische Ziele Steuerpläne moralisch zu verbrämen<sup>34</sup>.

Die meisten Verordnungen erledigten sich ohne förmliche Außerkraftsetzung von allein, weil sie mangels Anmeldungen der in der Haltung zu kostspieligen Nachtigallen kaum mehr angewandt wurden. Es folgten neue Vogelschutzgesetze im Reich<sup>35</sup>, welche die Nachtigall in ihrem Sommeraufenthalt vom 1. März bis zum 1. Oktober schützten und die Käfig- und Volierenhaltung heimischer Singvögel beschränkten. Zudem traten in der häuslichen Haltung an die Stelle von Nachtigallen und Sprossern andere, nicht mit Abgaben belastete Vögel wie die Kanarien aus heimischer Zucht.

---

<sup>32</sup> R. WERNSMANN: Verhaltenslenkung in einem rationalen Steuersystem (Beiträge zum Öffentlichen Recht 135), Tübingen 2005, S. 24–27. Vgl. K. TIPKE u. a.: Steuerrecht, Köln <sup>21</sup>2013, <sup>22</sup>2015, S. 69f.

<sup>33</sup> R. SAHM: Von der Aufruhrsteuer bis zum Zehnten. Fiskalische Raffinessen aus 5.000 Jahren, Wiesbaden 2014, S. 72.

<sup>34</sup> K. FRIEDRICH: Die „Ökologische Steuerreform“, in: Der Betrieb, H. 13, 2. April. 1999, S. 661–666, hier S. 661.

<sup>35</sup> Gesetze vom 22. März 1888 (RGBl., S. 111) und vom 25. Mai 1908 (RGBl., S. 314). Hierzu und zum Recht der Bundesstaaten C. R. HENNICKE: Handbuch des Vogelschutzes, Magdeburg 1912, bes. S. 376–396.

## Anhang: Deutsche Nachtigallensteuern im 19. Jh. in chronologischer Folge

Datum	Staat mit Fundstellennachweis	Betrag im Jahr	Beginn des Steuer- Zyklus	Empfänger und Zweck
1802 Sept. 28	Landgrafschaft Hessen-Kassel, ab 1803: Kurfürstentum Hessen <sup>36</sup>	1 Dukat	1. Jan., später 1. Mai	<i>ad pios usus</i> , ab 1828: Ortsarmenkasse
1807 Apr. 10	Großherzogtum Berg <sup>37</sup>	2 Thl.	15. Mai bzw. nach Meldung	Landes- Armenkasse
1809 Apr. 11	Herzogtum Sachsen-Coburg- Saalfeld <sup>38</sup> [mit Themar]. Zu beachten ist die Weitergeltung im Herzogtum Sachsen-Meiningen nach 1826.	5 fl. rhein.	Ende April nach Erstellung der Listen	Landes- und Kriegskasse; Geldbußen bei Verstößen zur Ortsarmenkasse. 1816 zur Hälfte in die Kasse des Waisenhauses, zur Hälfte an die Ortsarmenkasse
1820 Febr. 26/ 1821 März 1	Herzogtum Sachsen-Gotha: 1820 nur Stadt Gotha, 1821 im gesamten Staat. <sup>39</sup>	6 Thl.	20. Apr.	Ortsarmenkasse
1826 Juli 25	Großherzogtum Sachsen- Weimar-Eisenach <sup>40</sup>	6 Thl.	1. Mai	Ortsarmenkasse

<sup>36</sup> HLO, Bd. 8, S. 101.

<sup>37</sup> Druckstück in HStAW, Abt. 173, Nr. 1882, fol. 38 f.

<sup>38</sup> Herzogl. Sachsen-Coburg-Saalfeldisches Regierungs- und Intelligenz-BI. 3 (1809), Sp. 167–169, Einschärfung 1811 März 3, ebd. 5 (1811), Sp. 225–228; Kassenregelung 1816 Apr. 19, Slg. der Landesgesetze und Verordnungen für das Herzogthum Coburg, Bd. 11, Coburg 1844, Nr. XLII, S. 276, Listenführung 1819 Juli 7, ebd., Nr. XLV, S. 283. Nach der Umbildung der ernestinischen Herzogtümer (1826) neu eingeführt in den Ämtern Sonnefeld und Königsberg 1830 Sept. 22. Erneuerung 1833 Apr. 9.

<sup>39</sup> Siehe oben Anm. 22.

<sup>40</sup> Großherzogl. S. Weimar-Eisenachisches Regierungs-BI. 10 (1826), S. 238 f.

Datum	Staat mit Fundstellennachweis	Betrag im Jahr	Beginn des Steuer- Zyklus	Empfänger und Zweck
1829	Freie Hansestadt Bremen <sup>41</sup>	5 Thl.	1. Mai	Städt. Stempel- Comptoir
1834 Apr. 11	Fürstentum Schwarzburg- Sondershausen, Unterherrschaft <sup>42</sup>	2 Thl.	ab Meldung	Frauenverein
1836 Febr. 6	Herzogtum Sachsen-Gotha <sup>43</sup>	2 Thl.	ab Meldung	Ortsarmenkasse
1837 Mai 19	Herzogtum Sachsen-Altenburg <sup>44</sup>	5 Thl. (1841: 2 Thl.)	1. Jan.	Gemeinde für Versorgung der Armen
1838 Okt. 14	Fürstentum Schwarzburg- Sondershausen, Oberherrschaft <sup>45</sup>	2 Thl.	ab Meldung	Frauenverein
1841 Dez. 24	Königreich Preußen: Kein Staatsgesetz, sondern provinziale und kommunale Modelle der Selbstverwaltung, hier: Rheinprovinz, belegt etwa in Deutz. Eingeführt in ähnlicher Art in vielen Städten Brandenburgs (36) und Landgemeinden sowie in Erfurt (Prov. Sachsen). <sup>46</sup>	5 Thl.	ab Meldung, danach 1. Jan.	Ortsarmenkasse

<sup>41</sup> Finanzgesetz für 1830, in: Slg. der Verordnungen und Proclamen des Senats der freien Hansestadt Bremen 1829 (1830), S. 118. Wiederholt bis 1846, ab 1851 im Gesetzbl. der freien Hansestadt Bremen. Ebd. 1858 (1859), S. 94, mit Zusatz *und sogenannte Sprosser*.

<sup>42</sup> Erneuerung vom 14. Okt. 1838: Gesetz-Slg. für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 1838, S. 156 f.

<sup>43</sup> Erneuerung der Ordnung vom 1. März 1821: Gesetz-Slg. für das Herzogtum Gotha, Bd. 3 (1835–1838), Gotha 1839, S. 177–180; Aufhebung 1848 Aug. 11, ebd., Bd. 5 (1843–1848), Gotha 1849, S. 641–643.

<sup>44</sup> Gesetzslg. für das Herzogtum Altenburg 1837, S. 126 f.; Tarifsenkung ebd. 1841, S. 56; Aufhebung 1848 Juli 28 ebd., S. 32.

<sup>45</sup> Gesetz-Slg. für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 1838, S. 157 f.

<sup>46</sup> Erlass des Innenministers, in: Amtsbl. der Königl. Regierung zu Köln 27 (1842), Nr. 3; KLOSE (wie Anm. 3), S. 198 f. Zu Erfurt (18. Dez. 1843 bis Mai 1849): Stadtarchiv Erfurt, Akte 1-1/XICd-17, zu Potsdam 1844 WERNSMANN (wie Anm. 32), S. 25 f. Nach einer später erteilten Auskunft des Stadtarchivs Potsdam konnte der Text der Ordnung nicht ermittelt werden.

Datum	Staat mit Fundstellennachweis	Betrag im Jahr	Beginn des Steuer- Zyklus	Empfänger und Zweck
1845 Sept. 18	Herzogtum Anhalt-Bernburg <sup>47</sup>	5 Thl.	1. Jan.	Ortsarmenkasse
1853 März 19	Großherzogtum Hessen <sup>48</sup>	5 fl.	20. Apr., dann 1. Jan.	Distrikts- Steuereinnahmer
1853 Apr. 12	Herzogtum Nassau <sup>49</sup>	7 fl.	8 Tage Meldefrist, danach 1. Jan.	Lokal- Armenfonds
1855	Herzogtum Braunschweig: Keine Käfighaltung ohne polizeilichen Erlaubnisschein [= Abgabepotential, sofern die Erlaubnis an einer regelmäßigen Abgabe haftet]. <sup>50</sup>	?	?	Ausführung der angekündigten Maßnahme und Tarif nicht belegbar
1858 März 1	Fürstentum Schwarzburg- Rudolstadt <sup>51</sup>	1 Thl.	8 Tage nach Meldung	Kasse des Waisenhauses
1864 Dez. 1	Königreich Sachsen <sup>52</sup>	4 Thl.	1. Mai	Ortsarmenkasse

<sup>47</sup> Gesetzslg. für das Herzogthum Anhalt-Bernburg 8 (1845-1848), S. 34.

<sup>48</sup> Großherzogl. Hess. Regierungsbl. 1853, S. 126 f.

<sup>49</sup> Verordnungsbl. für das Herzogthum Nassau 45 (1853), S. 155 f.

<sup>50</sup> Polizeistrafgesetz, § 174: 5–10 Thl. Geldbuße für Fangen und Töten. Gesetz- und Verordnungs-Slg. für die Herzogl. Braunschweigischen Lande 52 (1855), S. 313 ff. Gebührentarif nach Auskunft von Dr. Brage Bei der Wieden, Niedersächsisches Landesarchiv, Standort Wolfenbüttel, nicht belegt.

<sup>51</sup> Gesetzslg. für das Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt 19 (1858), S. 9.

<sup>52</sup> Gesetz- und Verordnungsbl. für das Königreich Sachsen 1864, S. 404 f.